



Die Debatte über eine Dienstpflicht in der Bundeswehr und Zivilbehörden kommt nicht vom Fleck. Klar sei, dass neue Konzepte auf den Tisch müssen, um ausreichend Soldaten und zivile Helfer zu haben, meint die Wehrbeauftragte.

Politik

🕒 3 min.

Högl setzt auf neue Wehrpflicht-Konzepte

Wehrbeauftragte mahnt zu Sachlichkeit in der Debatte und stellt sich hinter den Verteidigungsminister

Carsten Hoffmann

Berlin. Die Wehrbeauftragte des Bundestages, Eva Högl, hat gefordert, im neuen Jahr eine sachliche Debatte über die Modelle für einen allgemeinen Dienst in Bundeswehr und Zivilorganisationen zu führen. „Ich werbe für eine Entkrampfung der Debatte. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn jetzt eine Diskussion über konkrete Konzepte Fahrt aufnimmt“, sagte die SPD-Politikerin am Donnerstag. Das heiße noch nicht, dass es umgehend eine Wehrpflicht oder ein verpflichtendes Jahr für die Gesellschaft geben werde.

Klar sei: „Die alte Wehrpflicht möchte niemand zurück. Es geht um ein neues Konzept. Gibt es die Notwendigkeit, die Bundeswehr aufzustocken mit mehr Personal? Das würde ich angesichts der Lage bejahen.“ Aktuell gebe es 181.000 Soldatinnen und Soldaten. Das Ziel von 203.000 Soldaten bis zum Jahr 2030 sei nicht zu erreichen, wenn bei der Personalgewinnung alles so bleibe.

Die Wehrpflicht war im Juli 2011 nach 55 Jahren von dem damaligen Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) ausgesetzt worden. Das kam in der Praxis einer Abschaffung von Wehr- und Zivildienst gleich, da auch alle Strukturen für die Musterung und Ausbildung einer größeren Zahl von Soldaten abgeschafft wurden. Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) lässt wegen der veränderten Sicherheitslage nach dem russischen Angriff auf die Ukraine Modelle einer Dienstpflicht prüfen. Kritik kam vor allem aus der FDP, aber auch die SPD-Vorsitzende Saskia Esken ging auf Distanz zu dem Vorstoß.

Die Wehrbeauftragte spricht sich für eine Wehrpflicht aus und verweist auf Schweden. „Alle bekommen erst mal Post, sie werden angesprochen und aufgefordert, sich zu melden. Dann werden sie gemustert und bekommen ein Angebot“, erläuterte sie. „Schweden zieht keineswegs einen ganzen Jahrgang ein. Es handelt sich also nicht wirklich um eine Wehrpflicht, sondern es werden diejenigen genommen, die geeignet sind und die wollen.“ Högl sagte, sie begrüße, dass Pistorius sich das schwedische Modell genauer anschau. „Ich würde mich freuen, wenn wir 2024 nutzen würden, über diese verschiedenen Ideen und Modelle sachlich und konstruktiv zu diskutieren, anstatt jegliche Debatte reflexhaft und kategorisch abzulehnen.“

Sie sei für mehr Verbindlichkeit als beim Bundesfreiwilligendienst und dafür, Männer und Frauen in den Blick zu nehmen. Ein Dienst müsse dann für die Bundeswehr ebenso wie für Kultur, Soziales und Umwelt geprüft werden. „Und wenn man möglichst viel Freiwilligkeit beibehalten will, dann muss das attraktiv sein“, sagte sie. „Die Anreize müssen diskutiert werden. Ein Startkapital, Vorteile bei der Suche für einen Ausbildungs- oder Studienplatz oder Boni für die Altersversorgung.“

Die Abgabe von Material an die Ukraine habe große Löcher in den Bestand und in die Einsatzbereitschaft bei der Bundeswehr gerissen, sagte sie. Nötig sei eine schnelle Nachbeschaffung. „Ich nehme überhaupt keine Diskussion in der Bundeswehr wahr, die Zweifel an der Ukraine-Hilfe zeigt“, sagte sie. „Unsere Soldatinnen und Soldaten wissen, um was es in dem Krieg in der Ukraine geht.“ Sie hoffe, dass die Unterstützungsbereitschaft des Westens für die Ukraine weitergehe. Das Land werde Russland nur standhalten können, geschweige denn Territorium zurückerobern, wenn der Westen massiv unterstütze.

Zur der von Pistorius geplanten Stationierung einer kriegstüchtigen Brigade aus bis zu 5000 Soldaten in Litauen sagte Högl, das Allerwichtigste sei dort die Vollausrüstung. Das reiche von Material wie Nachtsichtgeräten und

Funkgeräten bis hin zu den Waffensystemen wie Panzern. „Dann ist es attraktiv, dort Dienst zu leisten. Und es muss gewiss auch finanziell für unsere Soldatinnen und Soldaten attraktiv sein. Das betrifft Auslandsbezüge und Zulagen.“

Das Thema des Jahres 2023 sei die Belastung der Truppe, betonte Högl. Die Männer und Frauen der Bundeswehr leisteten Herausragendes, „obwohl sie nicht ansatzweise die Rahmenbedingungen haben, die sie brauchen, um ihren Auftrag zu erfüllen.“ Sie forderte deswegen eine „Aufgabenkritik“. Högl sagte: „Man kann nicht immer mehr Aufträge erteilen. Es muss priorisiert werden und gesagt werden, was geht – und was nicht mehr geht.“